

## Pressemitteilung Chemnitzer Vorfälle

Zwickau, 27.08.2018

Die Vorkommnisse vom Wochenende in Chemnitz sind erschreckend. Das Tötungsverbrechen auf dem Chemnitzer Stadtfest war eine furchtbare Gewalttat, die von den Strafverfolgungsbehörden mit aller Konsequenz aufgeklärt und verfolgt wird.

Die Reaktionen von einigen wenigen auf dieses Geschehen sind allerdings nicht hinnehmbar. Das Gewaltmonopol des Staates darf nicht in Frage gestellt werden. Niemand hat das Recht Gewalt auszuüben.

Auch das Tötungsverbrechen in Chemnitz gestattet keinem sich über das Recht zu stellen. Der Rechtsstaat darf nicht dulden, wenn es zu fremdenfeindlichen Angriffen auf Menschen kommt. Hier sind Polizei und Staatsanwaltschaft aufgerufen, solche Angriffe mit Konsequenz zu ahnden.

Die Versuche von rechten Gruppen, das Geschehen in Chemnitz für ihre fremdenfeindlichen Zwecke zu instrumentalisieren, fordert die ganze Gesellschaft zu entschlossener Gegenwehr auf.

Wir verlangen von einem Rechtsstaat, dass er seine Aufgaben in allen Lagen wahrnimmt. Diejenigen, die den Rechtsstaat selbst in Frage stellen, sollen wissen, dass der Rechtsstaat und das Gewaltmonopol des Staates nicht verhandelbar sind. Dass die Staatsregierung dabei hinter der Polizei steht ist eine Selbstverständlichkeit.

Dazu sollte sie auch klarstellen, dass die Achtung der Grundwerte der Verfassung und der Respekt vor dem Rechtsstaat auch die Gesellschaft, also alle Bürger, fordert.